

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2015

Nr. 358

ausgegeben am 21. Dezember 2015

Verordnung

vom 15. Dezember 2015

über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Verordnung)

Aufgrund von Art. 2 Abs. 2 und Art. 37 des Gesetzes vom 5. November 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), LGBL. 2015 Nr. 355, und in Durchführung des Abkommens vom 29. Januar 2013 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (AStA), LGBL. 2013 Nr. 432, in der Fassung des Protokolls vom 17. Oktober 2016, LGBL. 2016 Nr. 522, verordnet die Regierung:¹

Art. 1

Gegenstand und Bezeichnungen

1) Diese Verordnung regelt in Ausführung des AIA-Gesetzes das Nähere über:

- a) die Partnerstaaten bzw. meldepflichtige Staaten (Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 Ziff. 24 des AIA-Gesetzes);
- a^{bis}) die teilnehmenden Staaten (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. b und Abs. 2 des AIA-Gesetzes);²
- b) die nicht meldenden liechtensteinischen Finanzinstitute (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 12 iVm 14 des AIA-Gesetzes);
- c) die ausgenommenen Konten (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 16 des AIA-Gesetzes).

2) Unter den in dieser Verordnung verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des männlichen und weiblichen Geschlechts zu verstehen.

Art. 2³

Partnerstaaten bzw. meldepflichtige Staaten

Die Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten im Sinne des AIA-Gesetzes sind in Anhang 1 aufgeführt.

Art. 2a⁴

Teilnehmende Staaten

Die teilnehmenden Staaten im Sinne des AIA-Gesetzes sind die Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten nach Art. 2.

Art. 3

Nicht meldende liechtensteinische Finanzinstitute

Als nicht meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut im Sinne des AIA-Gesetzes gilt insbesondere:

- a) eine Einrichtung, auf die die Vorschriften des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge oder des Pensionsfondsgesetzes Anwendung finden, sofern es sich bei der Einrichtung um einen Altersvorsorgefonds mit breiter Beteiligung oder einen Altersvorsorgefonds mit geringer Beteiligung handelt;⁵
- b) ein Investmentunternehmen, das als Organismus für gemeinsame Anlagen (OGA) der Aufsicht untersteht und die Voraussetzungen im anwendbaren Abkommen betreffend Beteiligungen am Organismus für gemeinsame Anlagen sowie betreffend Anteilsscheine, die als auf den Inhaber lautende Wertpapiere ausgestaltet sind, erfüllt;
- c) eine Verwaltungsgesellschaft eines Organismus für gemeinsame Anlagen, sofern diese keine Finanzkonten im Sinne des AIA-Gesetzes führt;
- d) Aufgehoben;⁶
- e) eine Vermögensverwaltungsgesellschaft im Sinne des Vermögensverwaltungsgesetzes;
- f) eine Stiftung, eine stiftungsähnliche Anstalt, ein stiftungsähnliches Treuunternehmen mit Persönlichkeit (Trust reg.) oder eine sonstige stiftungsähnliche Vermögensstruktur, soweit ein Mitglied des obersten Ver-

waltungsorgans ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut ist und sämtliche nach einem anwendbaren Abkommen und dem AIA-Gesetz zu meldenden Informationen zu sämtlichen meldepflichtigen Konten meldet.⁷

Art. 4

Ausgenommene Konten

- 1) Als ausgenommenes Konto im Sinne des AIA-Gesetzes gilt insbesondere:
- a) ein Konto zur Abwicklung von Tätigkeiten, bei dem die Anforderungen nach Art. 22b Abs. 4 der Sorgfaltspflichtverordnung erfüllt sind;⁸
 - b) nach Wahl des meldenden liechtensteinischen Finanzinstituts ein Konto, bei dem es sich nicht um einen Rentenversicherungsvertrag handelt und bei dem der Kontostand oder -wert zum Ende eines Kalenderjahres oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums oder zum Zeitpunkt der Kontoauflösung höchstens 1 000 Franken beträgt, sofern:⁹
 1. das Konto gemäss der von der Finanzmarktaufsicht anerkannten Richtlinie des Liechtensteinischen Bankenverbandes vom 8. Juli 1999 über die Behandlung nachrichtenloser Konti, Hefte, Depots und Schrankfächer bei liechtensteinischen Banken als nachrichtenlos gilt; oder
 2. bei anderen als in Ziff. 1 genannten Konten:
 - aa) der Kontoinhaber in den letzten drei Jahren keine Transaktion in Bezug auf dieses oder ein anderes seiner Konten beim meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut vorgenommen hat;
 - bb) der Kontoinhaber in den letzten sechs Jahren mit dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das dieses Konto führt, keinen Kontakt in Bezug auf dieses oder ein anderes seiner Konten bei diesem Finanzinstitut hatte; und
 - cc) im Falle eines rückkaufsfähigen Versicherungsvertrages das meldende liechtensteinische Finanzinstitut in den letzten sechs Jahren mit dem Kontoinhaber keinen Kontakt in Bezug auf dieses oder ein anderes Konto dieser Person bei diesem Finanzinstitut hatte.
 - c) ein Konto, bei dem es sich um ein Nachlasskonto handelt, ab dem Kalenderjahr oder einem anderen geeigneten Meldezeitraum, in dem das meldende liechtensteinische Finanzinstitut durch Nachweis mittels Kopie

eines amtlichen oder amtlich anerkannten Dokuments Kenntnis vom Ableben der meldepflichtigen Person erlangt hat, bis zu dem Zeitpunkt, in dem dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut im Zuge der Aufteilung der Vermögenswerte des Nachlasses die berechtigten Erben mitgeteilt werden;

- d) ein Mietzinskautionskonto für Bestandverträge im Sinne von § 1090 ff. ABGB;¹⁰
- e) ein Konto einer Stockwerkeigentümergeinschaft im Sinne von Art. 170a ff. des Sachenrechts;¹¹
- f) ein Kapitaleinzahlungskonto für Zwecke der Errichtung von juristischen Personen im Sinne von Art. 106 ff. des Personen- und Gesellschaftsrechts, sofern die Errichtung binnen 90 Tagen nach der Eröffnung des Kapitaleinzahlungskontos vollzogen und der einbezahlte Betrag der juristischen Person gutgeschrieben worden ist;¹²
- g) ein Konto und ein Versicherungsvertrag, das bzw. der eröffnet oder abgeschlossen wurde, um Geldmittel für betriebliche und private Pensionspläne zu erhalten, zu verwalten oder anzusparen, und das bzw. der in den Geltungsbereich des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge, des Pensionsfondsgesetzes oder eines ähnlichen Gesetzes eines ausländischen Staates oder Hoheitsgebiets fällt;¹³
- h) Aufgehoben¹⁴

1a) Ungeachtet von Anhang I Abschnitt VIII Unterabschnitt C Nummer 1 letzter Satz des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15 letzter Satz des AIA-Gesetzes sowie Art. 3 AStA gilt Folgendes:¹⁵

- a) Handelt es sich beim meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut um eine Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. i AStA und ist der im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes identifizierte Kontoinhaber eine Vermögensstruktur im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. m AStA so gilt Folgendes:
 - 1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als beherrschende Person identifiziert, so gilt das Konto einer Vermögensstruktur, die bis zum 31. Dezember 2016 errichtet wurde und die im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als transparent gilt, ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person

als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.

2. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als beherrschende Person identifiziert, so gilt das Konto einer Vermögensstruktur, die im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als intransparent gilt, ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 3. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- b) Bei einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das bis zum 31. Dezember 2016 errichtet wurde und das im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als transparente Vermögensstruktur mit einer Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. ii AStA gilt, gilt Folgendes:
1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als Kontoinhaber identifiziert, so gilt dieses Konto ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem

anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.

2. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- c) Bei einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als intransparente Vermögensstruktur mit einer Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. ii AStA gilt, gilt Folgendes:
1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als Kontoinhaber identifiziert, so gilt dieses Konto ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 2. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- 2) Aufgehoben¹⁶

Art. 4a¹⁷

Formulare und Ergänzungsteile für Zwecke einer Selbstauskunft

1) Anstelle der Verwendung eigener Formulare dürfen Banken und Wertpapierfirmen im Rahmen der Ausführung der AIA-Sorgfaltspflichten folgende Formulare entgegen nehmen:

- a) für die Feststellung des Status und der steuerlichen Ansässigkeit von Rechtsträgern Formulare, die dem Muster "Selbstauskunft Rechts-träger" nach Anhang 3 zu entsprechen haben;
- b) für die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit beherrschender Per-sonen die Formulare C, T oder D nach der Sorgfaltspflichtverordnung mit einem Ergänzungsteil, der dem Muster nach Anhang 4 zu entspre-chen hat.

2) Formulare nach Abs. 1 Bst. a und Ergänzungsteile nach Abs. 1 Bst. b haben am Ende eine Erklärung des Rechtsträgers zu enthalten, dass der Inhalt des Formulars bzw. des Ergänzungsteils den Mustern nach Anhang 3 bzw. 4 entspricht.

Art. 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Adrian Hasler*
Fürstlicher Regierungschef

Anhang 1¹⁸

(Art. 2)

Liste der Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten

Nr.	Partnerstaat bzw. meldepflichtiger Staat	Anwendbarkeit ab	Länderkürzel ("Receiving-Country")	Anwendbares Abkommen ¹⁹
1.	Albanien	1. Januar 2019	AL	MAK/MCAA
2.	Andorra	1. Januar 2017	AD	MAK/MCAA
3.	Anguilla	1. Januar 2017	AI	MAK/MCAA
4.	Antigua und Barbuda	1. Januar 2019	AG	MAK/MCAA
5.	Argentinien	1. Januar 2017	AR	MAK/MCAA
6.	Aruba	1. Januar 2018	AW	MAK/MCAA
7.	Aserbaidshjan	1. Januar 2019	AZ	MAK/MCAA
8.	Australien	1. Januar 2018	AU	MAK/MCAA
9.	Bahamas	1. Januar 2019	BS	MAK/MCAA
10.	Bahrain	1. Januar 2019	BH	MAK/MCAA
11.	Barbados	1. Januar 2018	BB	MAK/MCAA
12.	Belgien	1. Januar 2016	BE	AIA-Abk. LI-EU
13.	Belize	1. Januar 2017	BZ	MAK/MCAA
14.	Bermuda	1. Januar 2017	BM	MAK/MCAA
15.	Bonaire	1. Januar 2018	BQ	MAK/MCAA
16.	Brasilien	1. Januar 2018	BR	MAK/MCAA
17.	Britische Jungferninseln	1. Januar 2017	VG	MAK/MCAA
18.	Brunei Darussalam	1. Januar 2019	BN	MAK/MCAA
19.	Bulgarien	1. Januar 2016	BG	AIA-Abk. LI-EU

20.	Cayman Inseln	1. Januar 2017	KY	MAK/MCAA
21.	Chile	1. Januar 2017	CL	MAK/MCAA
22.	China	1. Januar 2017	CN	MAK/MCAA
23.	Cook Inseln	1. Januar 2018	CK	MAK/MCAA
24.	Costa Rica	1. Januar 2018	CR	MAK/MCAA
25.	Curaçao	1. Januar 2018	CW	MAK/MCAA
26.	Dänemark (exkl. Färöer Inseln und Grönland)	1. Januar 2016	DK	AIA-Abk. LI-EU
27.	Deutschland	1. Januar 2016	DE	AIA-Abk. LI-EU
28.	Dominica	1. Januar 2019	DM	MAK/MCAA
29.	Ecuador	1. Januar 2020	EC	MAK/MCAA
30.	Estland	1. Januar 2016	EE	AIA-Abk. LI-EU
31.	Färöer Inseln	1. Januar 2017	FO	MAK/MCAA
32.	Finnland (inkl. Åland)	1. Januar 2016	FI	AIA-Abk. LI-EU
33.	Frankreich (inkl. Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana, Mayotte und La Réunion und exkl. Saint-Barthélemy und St. Martin)	1. Januar 2016	FR	AIA-Abk. LI-EU
34.	Ghana	1. Januar 2018	GH	MAK/MCAA
35.	Gibraltar	1. Januar 2016	GI	AIA-Abk. LI-EU
36.	Grenada	1. Januar 2019	GD	MAK/MCAA
37.	Griechenland	1. Januar 2016	GR	AIA-Abk. LI-EU
38.	Grönland	1. Januar 2017	GL	MAK/MCAA
39.	Guernsey	1. Januar 2017	GG	MAK/MCAA
40.	Hong Kong (China)	1. Januar 2019	HK	MAK/MCAA

41.	Indien	1. Januar 2017	IN	MAK/MCAA
42.	Indonesien	1. Januar 2018	ID	MAK/MCAA
43.	Irland	1. Januar 2016	IE	AIA-Abk. LI-EU
44.	Island	1. Januar 2017	IS	MAK/MCAA
45.	Isle of Man	1. Januar 2017	IM	MAK/MCAA
46.	Israel	1. Januar 2018	IL	MAK/MCAA
47.	Italien	1. Januar 2016	IT	AIA-Abk. LI-EU
48.	Japan	1. Januar 2017	JP	MAK/MCAA
49.	Jersey	1. Januar 2017	JE	MAK/MCAA
50.	Kanada	1. Januar 2017	CA	MAK/MCAA
51.	Kasachstan	1. Januar 2020	KZ	MAK/MCAA
52.	Kolumbien	1. Januar 2018	CO	MAK/MCAA
53.	Kroatien	1. Januar 2016	HR	AIA-Abk. LI-EU
54.	Kuwait	1. Januar 2017	KW	MAK/MCAA
55.	Lettland	1. Januar 2016	LV	AIA-Abk. LI-EU
56.	Libanon	1. Januar 2018	LB	MAK/MCAA
57.	Litauen	1. Januar 2016	LT	AIA-Abk. LI-EU
58.	Luxemburg	1. Januar 2016	LU	AIA-Abk. LI-EU
59.	Macau (China)	1. Januar 2019	MO	MAK/MCAA
60.	Malaysia	1. Januar 2017	MY	MAK/MCAA
61.	Malediven	1. Januar 2019	MV	MAK/MCAA
62.	Malta	1. Januar 2016	MT	AIA-Abk. LI-EU
63.	Marshallinseln	1. Januar 2018	MH	MAK/MCAA
64.	Mauritius	1. Januar 2017	MU	MAK/MCAA
65.	Mexiko	1. Januar 2017	MX	MAK/MCAA
66.	Monaco	1. Januar 2017	MC	MAK/MCAA

67.	Montserrat	1. Januar 2018	MS	MAK/MCAA
68.	Nauru	1. Januar 2018	NR	MAK/MCAA
69.	Neuseeland	1. Januar 2017	NZ	MAK/MCAA
70.	Niederlande (exkl. Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, Sint Eustatius und Sint Maarten)	1. Januar 2016	NL	AIA-Abk. LI-EU
71.	Nigeria	1. Januar 2019	NE ^{19a}	MAK/MCAA
72.	Niue	1. Januar 2018	NU	MAK/MCAA
73.	Norwegen	1. Januar 2017	NO	MAK/MCAA
74.	Oman	1. Januar 2020	OM	MAK/MCAA
75.	Österreich	1. Januar 2016 ²⁰	AT	AIA-Abk. LI-EU
76.	Pakistan	1. Januar 2019	PK	MAK/MCAA
77.	Panama	1. Januar 2019	PA	MAK/MCAA
78.	Peru	1. Januar 2019	PE	MAK/MCAA
79.	Polen	1. Januar 2016	PL	AIA-Abk. LI-EU
80.	Portugal (inkl. Azoren und Madeira)	1. Januar 2016	PT	AIA-Abk. LI-EU
81.	Qatar	1. Januar 2019	QA	MAK/MCAA
82.	Republik Korea (Süd)	1. Januar 2017	KR	MAK/MCAA
83.	Rumänien	1. Januar 2016	RO	AIA-Abk. LI-EU
84.	Russland	1. Januar 2018	RU	MAK/MCAA
85.	Saba	1. Januar 2018	BQ	MAK/MCAA
86.	Saint Kitts und Nevis	1. Januar 2018	KN	MAK/MCAA
87.	Saint Lucia	1. Januar 2018	LC	MAK/MCAA
88.	Saint Vincent und die Grenadinen	1. Januar 2017	VC	MAK/MCAA
89.	Samoa	1. Januar 2018	WS	MAK/MCAA

90.	San Marino	1. Januar 2017	SM	MAK/MCAA
91.	Saudi-Arabien	1. Januar 2018	SA	MAK/MCAA
92.	Schweden	1. Januar 2016	SE	AIA-Abk. LI-EU
93.	Schweiz	1. Januar 2018	CH	MAK/MCAA
94.	Seychellen	1. Januar 2017	SC	MAK/MCAA
95.	Singapur	1. Januar 2018	SG	MAK/MCAA
96.	Sint Eustatius	1. Januar 2018	BQ	MAK/MCAA
97.	Sint Maarten	1. Januar 2018	SX	MAK/MCAA
98.	Slowakei	1. Januar 2016	SK	AIA-Abk. LI-EU
99.	Slowenien	1. Januar 2016	SI	AIA-Abk. LI-EU
100.	Spanien (inkl. Kanarische Inseln)	1. Januar 2016	ES	AIA-Abk. LI-EU
101.	Südafrika	1. Januar 2017	ZA	MAK/MCAA
102.	Trinidad und Tobago	1. Januar 2019	TT	MAK/MCAA
103.	Tschechien	1. Januar 2016	CZ	AIA-Abk. LI-EU
104.	Türkei	1. Januar 2019	TR	MAK/MCAA
105.	Turks- und Caicosinseln	1. Januar 2017	TC	MAK/MCAA
106.	Ungarn	1. Januar 2016	HU	AIA-Abk. LI-EU
107.	Uruguay	1. Januar 2018	UY	MAK/MCAA
108.	Vanuatu	1. Januar 2019	VU	MAK/MCAA
109.	Vereinigte Arabische Emirate	1. Januar 2019	AE	MAK/MCAA
110.	Vereinigtes Königreich (exkl. Anguilla, Britische Jungferninseln, Cayman Inseln, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Montserrat, Turks- und Caicosinseln)	1. Januar 2016	GB	AIA-Abk. LI-EU

111.	Zypern	1. Januar 2016	CY	AIA-Abk. LI-EU
------	--------	----------------	----	----------------

Anhang 2²¹

Anhang 3²²

(Art. 4a Abs. 1 Bst. a und 2)

Selbstauskunft Rechtsträger

Rechtsträger:

Stamm-/Kontonummer:

Auf Grundlage der abkommensrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) ist die _____ (im Folgenden als "Bank"/"Wertpapierfirma" bezeichnet) verpflichtet, die nachfolgenden Informationen des Rechtsträgers einzuholen; der Rechtsträger ist verpflichtet, die entsprechenden Angaben einschliesslich ihrer Änderungen rechtzeitig bekannt zu geben.

Die Angaben dieses Formulars entfalten ohne gegenteilige Bekanntgabe durch den Rechtsträger mit dem Unterschriftsdatum ab der laufenden Meldeperiode ihre Gültigkeit.

1. Identifikation des Rechtsträgers

(Pflichtfelder sind mit einem * gekennzeichnet)

Name/Firmenname:*

Land der Gründung:

Adresse:*/¹Postfach:¹

Postleitzahl:*

Ort:*

Land:*

Weicht die oben angegebene Adresse von der bisher bei der Bank/Wertpapierfirma dokumentierten Adresse ab, so gilt die Einreichung dieses Formulars gleichzeitig als Mitteilung zur Änderung der bisherigen Adresse für Zwecke der Sorgfaltspflichtverordnung. Bei bestehenden Versandinstruktionen an die bisherige Adresse gelten diese mit der Einreichung dieses Formulars dementsprechend als abgeändert. Bestehende, von der bisherigen Adresse abweichende Versandinstruktionen bleiben hingegen unberührt.

¹ Die Angabe von Postfach- oder "per-" bzw. "z.Hd.-" Adressen sind nicht zulässig, es sei denn, sie sind als Adresse im Handelsregister eingetragen.

2. Status des Rechtsträgers

Bitte geben Sie den Status des Rechtsträgers anhand nachfolgender Auswahl an (keine Mehrfachangaben möglich):

Finanzinstitut

- Einlageninstitut (Depository Institution), Verwahrinstitut (Custodial Institution) oder spezifizierte Versicherungsgesellschaft (Specified Insurance Company)
- Investmentunternehmen (Investment Entity) eines NICHT teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird ^{2/3}
- Investmentunternehmen (Investment Entity) eines teilnehmenden Staates, das als nicht meldend klassifiziert ist (z.B. Trustee-Documented Trust (TDT))
- sonstiges Investmentunternehmen (Other Investment Entity)

Aktiver NFE

- aktiv tätige Gesellschaft, die kein Finanzinstitut ist (z.B. eine Handelsgesellschaft, eine Gesellschaft im produzierenden Gewerbe), ein Holding NFE oder ein Treasury Center
- einkommensteuerbefreiter, ausschliesslich gemeinnütziger Rechtsträger, der kein Finanzinstitut ist (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. h des AIA-Gesetzes)
- Rechtsträger, dessen Aktien regelmässig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden, oder verbundener Rechtsträger eines sol-

chen Rechtsträgers oder staatlicher Rechtsträger, internationale Organisation, Zentralbank oder Rechtsträger, der im Alleineigentum einer oder mehrerer der vorgenannten Institutionen steht

- Start-up NFE oder NFE in Liquidation

Passiver NFE

- Rechtsträger, der kein Finanzinstitut und kein aktiver NFE ist ³

² Der Rechtsträger gilt als passiver NFE.

³ Es ist zusätzlich das Formular C oder T "Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person" nach der Sorgfaltspflichtverordnung (SPV) sowie der jeweilige Ergänzungsteil nach der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Verordnung) für jede beherrschende Person (Controlling Person) des Rechtsträgers auszufüllen und unterzeichnet bei der Bank/Wertpapierfirma einzureichen.

3. Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) des Rechtsträgers an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das unter Ziffer 1 angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

4. Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Formular gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, eine neue Selbstauskunft einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informa-

tionen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Formular gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in dieser Selbstauskunft, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Formulars bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers in Druckbuchstaben

Anhang 4²³

(Art. 4a Abs. 1 Bst. b und 2)

Ergänzungsteile für Zwecke einer Selbstauskunft**A. Ergänzungsteil zum Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a SPV (Formular C)**

Dieser Ergänzungsteil bezweckt die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit der beherrschenden Personen eines passiven NFE oder eines Investmentunternehmens eines nicht teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird.

Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) der in Formular C genannten natürlichen Person an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das in Formular C angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben, es sei denn, es handelt sich bei der in Formular C genannten natürlichen Person nicht um eine meldepflichtige Person.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, ein Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a SPV (Formular C) gemeinsam mit dem Ergänzungsteil zu diesem SPV-Formular einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informationen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in diesem Ergänzungsteil, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Ergänzungsteils bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers in Druckbuchstaben

B. Ergänzungsteil zum Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. b SPV (Formular T)

Dieser Ergänzungsteil bezweckt die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit der beherrschenden Personen eines passiven NFE oder eines Investmentunternehmens eines nicht teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird.

Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) der in Formular T genannten natürlichen Person an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das in Formular T angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/

Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben, es sei denn, es handelt sich bei der in Formular T genannten natürlichen Person nicht um eine meldepflichtige Person.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, ein Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. b SPV (Formular T) gemeinsam mit dem Ergänzungsteil zu diesem SPV-Formular einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informationen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in diesem Ergänzungsteil, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Ergänzungsteils bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten
Person(en) des Rechtsträgers in Druck-
buchstaben

C. Ergänzungsteil zum Formular zur Dokumentation der Ausschüttungsempfänger bei diskretionär ausgestalteten Rechtsträgern nach Art. 7a SPG und Art. 11a Abs. 3 SPV (Formular D)

Dieser Ergänzungsteil bezweckt die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit des Ausschüttungsempfängers eines passiven NFE oder eines Investmentunternehmens eines nicht teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird.

Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) der in Formular D genannten natürlichen Person an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das in Formular D angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben, es sei denn, es handelt sich bei der in Formular D genannten natürlichen Person nicht um eine meldepflichtige Person.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, ein Formular zur Dokumentation der Ausschüttungsempfänger bei diskretionär ausgestalteten Rechtsträgern nach Art. 7a SPG und Art. 11a Abs. 3 SPV (Formular D) gemeinsam mit dem Ergänzungsteil zu diesem SPV-Formular einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informa-

tionen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in diesem Ergänzungsteil, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Ergänzungsteils bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers in Druckbuchstaben

Übergangsbestimmungen

354.1 V über den internationalen automatischen Informationsaustausch in
Steuersachen
(AIA-Verordnung)

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
Jahrgang 2017 Nr. 279 ausgegeben am 18. Oktober 2017

Verordnung
vom 17. Oktober 2017
betreffend die Abänderung der Verordnung vom
29. August 2017 über die Abänderung der AIA-
Verordnung

...

Ia.
Übergangsbestimmung

Bis zum Inkrafttreten von Art. 22b Abs. 4²⁴ der Sorgfaltspflichtverordnung (LGBI. 2017 Nr. 215) sind für die Beurteilung eines ausgenommenen Kontos nach Art. 4 Abs. 1 Bst. a der AIA-Verordnung die Art. 10 Abs. 2 des Sorgfaltspflichtgesetzes und Art. 14 Abs. 1 der Sorgfaltspflichtverordnung, in der Fassung vor dem 1. September 2017, massgeblich.

...

-
- 1 *Ingress abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 2 *Art. 1 Abs. 1 Bst. abis eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 3 *Art. 2 abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 4 *Art. 2a abgeändert durch [LGBL. 2018 Nr. 404](#).*
-
- 5 *Art. 3 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 6 *Art. 3 Bst. d aufgehoben durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 7 *Art. 3 Bst. f abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 8 *Art. 4 Abs. 1 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 224](#).*
-
- 9 *Art. 4 Abs. 1 Bst. b abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 10 *Art. 4 Abs. 1 Bst. d abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 11 *Art. 4 Abs. 1 Bst. e abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 12 *Art. 4 Abs. 1 Bst. f abgeändert durch [LGBL. 2019 Nr. 374](#).*
-
- 13 *Art. 4 Abs. 1 Bst. g eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 14 *Art. 4 Abs. 1 Bst. h aufgehoben durch [LGBL. 2019 Nr. 374](#).*
-
- 15 *Art. 4 Abs. 1a eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 16 *Art. 4 Abs. 2 aufgehoben durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 17 *Art. 4a eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 18 *Anhang 1 abgeändert durch [LGBL. 2019 Nr. 374](#).*
-
- 19 *MAK (Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, [LGBL. 2016 Nr. 397](#)), MCAA (Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, [LGBL. 2016 Nr. 398](#)), AIA-Abk. LI-EU (Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, [LGBL. 2005 Nr. 111](#) idF [LGBL. 2015 Nr. 354](#)).*
-
- 19a *Sollte richtigerweise "NG" lauten.*
-
- 20 *Im Falle von Österreich ist die erste relevante Meldeperiode 2017.*
-
- 21 *Anhang 2 aufgehoben durch [LGBL. 2018 Nr. 404](#).*
-
- 22 *Anhang 3 eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#) und abgeändert durch [LGBL. 2018 Nr. 404](#).*
-
- 23 *Anhang 4 eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#) und abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 395](#).*

[24](#) *Inkrafttreten: 1. März 2018.*